

Volkshblatt

für Halle und den Saalkreis.

Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 24, 2. Hof II.
Telegraphen-Adresse: Volkshblatt, Halleaale.

Inſertionsgebühr
beträgt für die 4 gepaltene
Zeitspaltel oder deren Raum 15 Pf.;
für Vereins- und Verſammlungs-
anzeigen 10 Pf.

Inſerate für die fällige Nummer
müſſen ſpäteſtens bis vormittags
10 Uhr in der Expedition aufge-
geben ſein.

Erſcheint täglich
nachmittags 4 Uhr mit
Ausnahme der Tage nach Sonn-
und Feiertagen.
Abonnementpreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 Mk.
Annumeration bei freier Zuſtellung.
Durch die Poſt bezogen 1.65 Mk.
Verſandloſte 6256 a, Nachtrag VII.

Nr. 51.

Halle a. S., Mittwoch den 4. Juni 1890.

1. Jahrg.

Die Antijemiten.

Wir beſchäftigen uns nicht oft und nicht gerne mit dieſer Partei und mit den armjeligen und gemeinen Begehren ihrer Häuptlinge. Man wird von trüben Gedanken erfüllt, wenn man bedenkt, was ſich alles in dem öffentlichen Leben unſeres Volkes aufspielt und ſich ihm mit freundschaftlichen Dienſten anbietet. Unſer Volk ringt ſchwer, um ſich aus den Fesseln der ökonomiſchen Abhängigkeit zu befreien. Wenn der Streik und Boykott hin und her bewegt, manchmal einen feſtigen Charakter angenommen hat, ſo liegt das an der Natur der Sache, da tauſenderlei Interereſſen dabei berührt werden. Dem Sozialismus iſt es zu verdanken, daß in die öffentliche Diſkuſſion eine Reihe ſozialwiſſenſchaftlicher Probleme eingeführt und dadurch die Diſkuſſion ſelbſt gehoben worden iſt. Dem gegenüber erſcheint in ſeiner ganzen Höheheit und Gemeinheit der Antijemitenismus, deſſen einziges Ziel die Maſſen- und Maſſenverhetzung iſt und der ſein vollgültiges Maß dazu beiträgt, die Zerklüftung und Zerrüttung innerhalb unſeres politiſchen Lebens auf die Spitze zu treiben.

Es iſt ſchon außerordentlich albern, für die Geſtaltung der heutigen ſozialökonomiſchen Zuſtände eine einzelne Klaſſe oder gar eine Konfeſſion verantwortlich zu machen. Wer das thut, beweist, daß er gar keinen Einblick in das Weſen der modernen geſellſchaftlichen Entwicklung hat. Aber damit laſſen es ſich die Antijemitenhaupte nicht genügen, ſie wollen uns auch beweifen, daß ſie nicht nur Ignoranten ſind, ſondern, daß ſie auch aufſchneiden und ſchwindeln können. Dies geſchieht in einem Flugblatt, das zur Zeit in Deutſchland verbreitet wird und das aus der wohlbeſtandenen antijemitiſchen Offizin in Leipzig hervorgegangen iſt. Dort wird die Behauptung aufgeſtellt, die ganze ſozialiſtiſche Bewegung ſei nur ein großes Marionetten-Theater, bei dem die Fäden von einigen — natürlich jüdiſchen — Bankiers in der Hand gehalten würden. So würden die Sozialiſten im Intereſſe der „jüdiſchen Geldwechſler“ gelenkt und das Werk der letzteren ſeien auch die verſchiedenen großen und kleinen Streiks, die in Deutſchland ausgebrochen ſeien und noch ausbrechen würden.

Es giebt ſonderbare Auffaſſungen von der modernen Arbeiterbewegung, und am ſonderbarſten iſt, daß man ihren Urſprung nicht da ſucht, wo er am erſten zu ſuchen iſt nämlich in den ſozialökonomiſchen Verhältniſſen ſelbſt, ſondern daß man die ganze Bewegung als etwas künstlich Gemachtes, durch „Agitatoren“ ins Leben Gerufenes betrachtet. Unter all den verſchiedenen Auffaſſungen iſt aber ſicherlich diejenige die dümmſte, daß die Sozialdemokratie nur eine „Mache jüdiſcher Bankiers“ ſei. Sie iſt ſo dumm, daß wir gar nicht nötig haben, ſie zu widerlegen. Wir wollen nur ein „Beweisstück“ der Verfaſſer des Flugblattes anführen. Danach ſoll „ein ehemaliger Führer der Chemnitzer Sozialdemokratie“ ausgeſagt haben, der Erſterter Sozialiſtenkongreß von 1874 habe den Juden 100 000 Mark geſtofen, und er, der „Führer“, habe noch lange nach dem Kongreß davon mit ſeiner Familie zu leben gehabt.

Zu Erſt hat 1874 kein Kongreß der Sozialdemokratie ſtatgefunden und im ſelben Jahre auch ſonſt nicht. Nun haben die antijemitiſchen Häuptlinge noch ſo viel Ueberlegung, um ſich zu ſagen, daß das Publikum ſich doch fragen möchte, zu welchem Zweck die Arbeiter von den jüdiſchen Bankiers zum Streiken und zur „Revolution“, wie es heißt, verführt und verhetzt werden. Auch dafür haben die Herren einen ihrer Meinungen nach untrüglichen Beweis. Sie zitieren eine Stelle aus einem — Liebesbrief Laſſalles an die beſtante Helene von Radowka, geb. Dönniges, worin Laſſalle, offenbar in ſcherzhafter Weiſe, davon ſpricht, wie er als „König Ferdinand“, der Volks-Erwählte“, ſeinen Einzug in Berlin halten wollte, und Helene als „Königin“ an ſeiner Seite.

Dieſer harmloſe Scherz Laſſalles wird von den Antijemiten dahin gebeutet, daß er den Beweis dafür enthalte, die „jüdiſchen Bankiers“ wollten in Deutſchland eine neue, natürlich jüdiſche Dynaſtie begründen. Die Arbeiter ſollen dazu gebräutet werden, durch den Umſturz aller Verhältniſſe den Boden für dieſe Dynaſtie zu bereiten. Dann heißt es wörtlich: „Am 1. Mai werden die Juden noch einmal Heerſchau über ihr Söldnerheer halten; dann ſoll allem Anſchein nach der Sturm gegen Thron, Altar und Deutſchtum beginnen!“

Und daran ſchließt ſich die Warnung, nicht zu warten, bis es zu ſpät iſt!

Man könnte erſtaunt ſein über dieſe Ausgeburten ſieberkranker, vom Raſenſchlag ergriffener Geirne, wenn man von dieſer Seite nicht das Stärkſte gewohnt wäre. Die Leute haben ja „Beweise“ und auf „ein biſchen Falſchheid“ kommt es ohnehin nicht an. Aber dieſe armen Schächer täuſchen nur ſich; ſie

täuſchen keine anderen. Wenn ſie wüßten, mit welcher ſtolzen Verachtung die Arbeiter, an die ſie ſich wenden, ihre Pamphlete beſeite werfen, ſo würden ſie an ihrer Sache verzweifeln. Sie leiden an einer Art Verfolgungswahn, denn ſie glauben ſich überall von Juden unterdrückt, verfolgt, gedemütigt. Ihr großer Irrtum iſt der, daß ſie glauben, das ganze deutſche Volk ſei von einem ſolchen Verfolgungswahn befallen.

Das kann heiter werden, wenn die antijemitiſche Gruppe im Reichstage ihre parlamentariſche Taktik auf die Weltanſchauungen gründet, die in dem Leipziger Flugblatt enthalten iſt. Vielleicht giebt es ängſtliche Gemüter, die im erſten Moment die Sache etwas ernſt nehmen. Dies wird aber nicht lange dauern und das Auftreten der Antijemiten wird nur eine Quelle ungetrübter Heiterkeit werden.

Wir wollen ſchließlich zur Erweiterung unſerer Leſer noch ein Brüdchen von der „Schlaubeit“ vorlegen, mit der die Antijemiten den Arbeiter- und Bauernfang betreiben. Es heißt in dem Flugblatt:

„Gleichzeitig müſſen aber ſchleunigſt die Arbeiterſchutzgeſetze, Sonntagsruhe, Normalarbeitstag, Minimallohn und ähnliches in Angriff genommen werden und zwar am beſten durch Veranſtaltung von Waſſenpetitionen, denn dadurch wird den ſozialdemokratiſchen Führern der arbeiterfreundliche Deſtanat entzogen. Was haben denn dieſe Leute ſchon Poſitives für die Arbeiter gethan? Gar nichts!“

Es liegt fürwahr ein gewiſſer Galgenhumor darin, wenn man einem anderen deſſen Ideen ſtieht, dann zu thun empfiehlt, was derſelbe ſchon ſeit Jahrzehnten thut, und dann ſagt, derſelbe habe noch gar nichts gethan! Als ſchlechter Wiß nimmt dieſes das nicht übel aus, aber als Wahrzeichen einer politiſchen Propaganda kann es ſeinen Träger nur lächerlich machen.

Damit wollen wir die Notte der Antijemiten wieder entlaſſen, doch nicht ohne ihnen die wohlgemeinte Mahnung zu geben, die Arbeiter mit ſolchen Pamphleten zu verſchonen. Denn die Arbeiter ſind im allgemeinen jaſanktlich und gebuldig. Wenn man ihnen aber gar zu dumm kommt, ſo werden ſie grob, und das kann man ihnen auch gar nicht verdenken!“ „Ehjo.“

*) Von beſtandener Seite wurde uns heute ein in Halle verbreitetes Flugblatt zugeſchickt, welches die hier kürzlich ſtat-gehabten Verſammlungen unſerer Partei und der Antijemiten zum Gegenſtand der Verſprechung hat und ſo tendenziös gefärbt iſt, daß wir in unſerer nächſten Nummer das Flugblatt einer eingehenden Kritik unterziehen werden.

Warum ich kein Pfarrer wurde.

Von A. Titus.

(Schluß.)

Unter den letzten Bäumen küßten wir uns zum lehtmalen. Ritterlich ließ ich Fanny vorausgehen, damit ſie eher nach Hauſe käme; dann folgte ich. Ich erſchrak, als es von dem großen Kirchturme acht Uhr ſchlug. Also volle zwei Stunden hatte ich mit Fanny auf der Bank geſeſſen. Nun war es aber Zeit, die Verzeihung der Großmutter einzuholen. Ich ſlog die Treppen hinauf, ſah aber alles dunkel. Was war das?

Gleich darauf kam die Annemarie und zündete in der Küche ein Licht an. Ich trat in die Küche. Die widernärtige Perſon ſah mich ſtreng an, woraus ich mir nicht viel machte.

„Das wird eine ſchöne Geſchichte werden,“ ſagte ſie. „Was denn?“

„Nun, die Großmutter“ — ſo nannte ſie mich gegenüber ihre Ferrin — „hat bis dreiviertel auf acht Uhr auf Sie gewartet, da aber wurde ſie eiligſt zu einer alten Baſe gerufen, welche im Sterben liegt.“

„Wann kommt ſie zurück?“ fragte ich entſetzt.

„Wahſcheinlich erſt mitten in der Nacht, da ſie bei der Kranken wachen will.“

Ich war wie vom Donner gerührt. Also war es

unmöglich, die Verzeihung meiner Großmutter noch einzuholen. Rein unmöglich.

„D Gott!“ ſtöhnte ich leiſe.

„Ja,“ ſagte Annemarie, „die Verzeihung der Großmutter kriegen Sie nicht, und ſie hat ſchon erfahren, daß Sie um halb ſechs Uhr die Wirtſchaft der Tante Dorothea verlaſſen haben. Nun iſt aus mit dem Pfarrer! Warum ſind Sie auch nicht gekommen?“

Die giftige Art der alten Annemarie ärgerte mich.

„Nun,“ ſagte ich, „ich werde immer noch eher eine Pfarrersſtelle kriegen, als Sie einen Mann.“

Ich ging auf mein Zimmer und ſah nach Fannys Fenſter hinüber. Alles dunkel, wie meine Zukunft.

„Ach, Fanny!“ ſeufzte ich; dann las ich noch eine Weile und legte mich zu Bett; ich konnte ſchlafen, aber wilde Träume verfolgten mich die ganze Nacht.

In aller Frühe wurde ich durch Annemarie geweckt, welche mir den Kaffee ins Zimmer brachte. Sie teilte mir mit, meine Großmutter wünſche, daß ich heute auf meinem Zimmer bleibe, bis ich gerufen werde.

Meine neuen Kleider wurden gebracht; ich zog mich an und mußte warten. Mir war unerträglich zu Mut; das Haus kam mir wie ausgeſtorben vor. Schon ſah ich einzelne Konfirmanden nach der Kirche gehen mit ihren Eltern und Verwandten. Als die Glocken erklangen, kam meine Großmutter an die Thüre. Sie öffnete, ſah mich aber gar nicht an und ſagte:

„Marſch!“

So gingen wir zur Kirche. Die Konfirmation ging vor ſich; ich ſah faſt nichts von der ganzen Sache. Nur einmal blickte ich zu Fanny hinüber. Sie ſah entſchiedlich bleich aus. Dann ſah ich mich um. Spöttiſche, ſtrafende, neugierige Blicke trafen mich von allen Seiten. Ich ſah nicht mehr in die Höhe.

Wie ein Opferlamm ging ich an der Seite der Großmutter nach Hauſe. Kein Wort ſiel; nur an der Thüre meines Zimmers hieß es wieder:

„Marſch!“

Und ich ſpazierte hinein. Was wollte ich auch ſonſt machen!

Das Eſſen wurde mir wie einem Gefangenen aufs Zimmer gebracht. Gegen drei Uhr hörte ich auf der Treppe ein Rauſchen von ſcheidenden Gewändern und Männertritte; ich legte mein Ohr ans Schließſchloß und hörte, wie meine Verwandten von der Großmutter auf der Treppe begrüßt wurden.

„Aha!“ dachte ich, „jezt gehts los!“

Und es ging los.

Annemarie kam und meldete, ich möchte in das Beſuchszimmer kommen.

Da ſaßen ſie ſämtlich im Kreiſe. Gäſten ſie die Beine untergeſchlagen und lange Pfeifen in den Händen gehabt, ſo hätte man ſie für eine treffliche türkiſche Raucherſammlung anſehen können. Ich werde die Blicke nie vergeſſen, die mich empfinden, als ich eintrat. Die vier Onkel ſchauten mich jeder nach ſeiner Art an. Der Stadtpfarrer anſcheinend mitleidig, der

Politische Uebersicht.

— Im „Wähler“ nimmt Herr Gustav Heinisch, der bisherige Redakteur des „Blattes“, vor seiner unentgeltlichen Abreise nach Jülich bis zum Jahresabschluss Abschied. Der Verlag bleibt nach wie vor in den Händen des Herrn Heinisch, während die Redaktion auf Herrn Schriftsteller Manfred Wittich übergeht.

— Der nächste Parteikongreß wird nicht in Berlin, sondern in einer Stadt Mitteldeutschlands stattfinden. Endgültige Beschlüsse sind jedoch in dieser Hinsicht noch nicht gefaßt; es steht bis jetzt nur fest, daß ein Kongreß überhaupt sofort nach dem Ablauf des Ausnahmegesetzes tagen wird.

— Der sozialdemokratische Kandidat im 2. Berliner Reichstagswahlkreise, Buchbinder Janiszewski, wurde am Sonnabend vormittag durch einen Kriminalbeamten nach dem Polizeipräsidium geführt, wo ihm eröffnet wurde, daß er auf Grund der polizeilich verfügten und vom Oberverwaltungsgericht bestätigten Ausweisung binnen 24 Stunden Berlin zu verlassen habe.

— Gegen die Gründung von allgemeinen Arbeitgebervereinigungen behufs gemeinsamen Vorgehens gegen die Arbeiter hat sich nach der „Kreuztg.“ der Vorstand des wirtschaftlichen Vereins in Neumark in dem Einverständnis mit der im Saargebiet bestehenden Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in einer zu Saarbrücken abgehaltenen Versammlung ausgesprochen. Dagegen wurde die Nichtbeschäftigung von Mitgliedern der Fach- und Genert-Vereine, sowie der Rechtschutz-Vereine den Angehörigen des wirtschaftlichen Vereins und des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller zur Pflicht gemacht. — Das letztere ist auch wieder nichts, als eine materielle Arbeitgebervereinigung, welche sich gegen die Bestrebungen der Arbeiter richtet.

— In bezug auf die zu Stellensulagen ausgeworfene Summe im preussischen Nachtragsetat bemerken die „Berl. Polit. Nachr.“, es sei bei den Verhandlungen zwar nach der Gesamtzahl der Beamten in der betrachteten Kategorien in Bausch und Bogen vorläufig derjenige Betrag berechnet, auf welchen jede der beteiligten Verwaltungen etwa zu rechnen haben würde. Dagegen sei die definitive Festsetzung dieses Betrages, so wie die Einzelverteilung desselben noch vorbehalten. Erst wenn die inzwischen eingeforderten Vorschläge der Provinzialbehörden vorliegen und in den Ressortministerien geprüft sind, werde an die Festsetzung im einzelnen unter Zugrundelegung einheitlicher gemeinsamer Grundätze gegangen werden können. Auch dieser Abschnitt der Gesamtarbeit dürfte demnach durch kommissarische Verhandlungen zwischen den beteiligten Ressortministerien und dem Finanzministerium zum Abschluß gebracht werden.

— Der „Augsb. Abendzeitung“ wird von München geschrieben, eine Gefährdung des Prinzips der Öffentlichkeit der bayerischen Militärgerichte durch den Entwurf der neuen deutschen Militärstrafgerichtsordnung sei nicht zu befürchten, es stehe im Gegenteil in Frage, ob nicht unter Aenderung der Militärstrafgerichtsverfassung ein Modus gefunden werden könne, im ganzen deutschen Heeresgebiete die Öffentlichkeit des Verfahrens ohne Verletzung der dienstlichen Interessen zuzulassen.

— Dem freisinnigen Abg. Rechtsanwalt Harmening (Sena) ist der Rest seiner Gefängnisstrafe von drei Monaten erlassen worden.

— Zu dem Streite, welcher infolge der Wahlen zum Dreizehner-Ausschuß innerhalb der freisinnigen Partei entstanden ist, nimmt jetzt der Abg. Dr. Barth in der „Nation“ unter der Ueberschrift „der Streit

im freisinnigen Lager“ das Wort, um zu beweisen, daß die Gegenätze, welche bei den Wahlen zum Dreizehner-Ausschuß zum Ausdruck gelangt sind, nicht aus einer momentanen Verstimmung hervorgegangen sind, diese Gegenätze vielmehr schon in einem gewissen Grade vor der Fusion innerhalb der alten Fortschrittspartei bestanden. Herr Barth meint, eine Einigkeit in der freisinnigen Partei könnte nur durch Unterordnung und Toleranz herbeigeführt werden. Das seien aber Dinge, von denen Herr Richter nichts wisse, und diesem Umfange entspringe die langjährige feindselige Stimmung gegen den Abg. Richter. Die Wahlen zum Dreizehner-Ausschuß seien also nichts Vorübergehendes und Zufälliges, sondern der Ausdruck langer Verehrtheit der eigenen Parteigenossen des Herrn Richter. Der letztere drückt nun den Artikel ab und beklagt sich zunächst bitter darüber, daß Herr Barth solche innerpolitische Angelegenheiten vor das Forum der Öffentlichkeit bringe. Er glaube nicht, daß die Parteigenossen im Lande die Ansichten des Herrn Barth teilen, wenn dies jedoch der Fall wäre, so würde er ohne Verstimmung aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden. Diese Auslassungen Richters scheinen dem Herrn Barth sehr imponiert zu haben, denn er beizt sich, dem Abg. Richter das Zeugnis auszusprechen, daß dessen Ausführungen auf die Barth'schen Darlegungen an sachgemäßer Offenheit nichts zu wünschen übrig lassen und erhofft, indem er den Talenten und der Arbeitskraft des Herrn Richter alle Würdigung zu teil werden läßt, das Plagiat einer beiderseitigen verführlichen Stimmung. — In den Armen liegen sich beide —

— Was nach Ablauf des Sozialistengesetzes geschehen soll, darüber läßt sich die „Staat.-Korresp.“ also aus: Man ist berechtigt anzunehmen, daß gegebenen Falles die Landesgesetzgebung an die Stelle des Reichsgesetzes zu treten haben wird. Die sozialistische Agitation, welche nach dem Aufhören des mit dem 30. September dieses Jahres ablaufenden Reichsgesetzes in Versammlungen, in Vereinen u. s. w. betrieben werden wird, unterliegt zunächst den Vereinsgesetzen und Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten. Würden jene sich als lächerlich erweisen, so hätte zunächst die Landesgesetzgebung für Remedur zu sorgen. Es steht fest, daß hinsichtlich des Vereinsrechts in den einzelnen deutschen Staaten eine große Verschiedenheit existiert, und es wird zunächst der Erwägung der Landesregierungen anheimgestellt werden müssen, ob und inwieweit sie mit den bestehenden Gesetzen und Verordnungen nach Wegfall des Reichsgesetzes der sozialistischen Agitation gegenüber glauben auskommen zu können. — Also reaktionäre Vereinsgesetze.

— Konservative Blätter kolportieren die Nachricht, daß die sächsische Regierung nicht die Absicht habe, beim Bundesrate die Verlängerung des am 28. Juni ablaufenden kleinen Belagerungszustandes über Leipzig zu beantragen. Zweck hätte eine solche Maßregel jedenfalls nicht.

— Fürst Bismarck hält es wieder einmal für an der Zeit, sich der „Hamburger Nachrichten“ zu bedienen, nachdem er in der letzten Zeit nur in ausländischen Blättern seine Ansichten kundgegeben hat. Fürst Bismarck läßt sich also in den „Hamburger Nachrichten“ dagegen vernehmen, daß in der deutschen Presse ihm vorgeworfen wird, daß er „Reichsfeinde“ in Friedrichshagen empfangen. In schwallbiger Weise wird alsdann versichert, daß solche Verdächtigungen jeden deutschen Patrioten mit Schmerz erfüllten, und auf dem deutschen Volke vor dem Ausland die Schmach

haften bleibe, die einzelne begehen, wenn sie dem Fürsten Bismarck aus dem Empfang der französischen und russischen Intervenier einen Vorwurf machen. Als Bismarck noch am Ruder war, wurden solche Leute einfach als Reichsfeinde bezeichnet.

— **Frankreich.** Es stellt sich immer mehr heraus, daß die kürzlich in Paris stattgehabten Aühlstiftungsverhaftungen immer unweftlicher werden. Es steht schon heute fest, daß die französische Bourgeoisrepublik mit ihrer Russomanie sich wieder einmal derb blamiert hat.

— **Schweden.** Die sozialdemokratischen Arbeiter Nordischwedens haben während der Pfingsttage in Stockholm einen Kongreß abgehalten, von dessen Beschlüssen die folgenden hervorzuheben sind: Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen kann die Partei nur mit solchen Parteien zusammengehen, welche folgende Hauptforderungen des sozialdemokratischen Programmes anerkennen: Allgemeines Wahlrecht, Rede- und Versammlungsfreiheit, gesetzliche Feststellung eines achtstündigen Arbeitstages und gründliche Arbeiterchutzgesetzgebung. Die Streikbewegung ist derart zu organisieren, daß zunächst in denjenigen Betrieben die Arbeit eingestellt wird, in welchen der Lohn niedriger als ein angemessenes Existenzminimum ist; derartige Arbeiter-einstellungen müssen in erster Reihe allgemein unterstützt werden. Die sozialdemokratische Agitation ist auf die landwirtschaftlichen Arbeiter auszudehnen, durch Verteilung geeigneter Schriften unter letztere und durch Bestellung von Agitatoren, welche die ländliche Bevölkerung kennen. Das Boycottieren ist als ein wirksames Mittel gegen Personen anzuwenden, die vom Publikum abhängen, trotzdem aber den Interessen der Beschäftigten entgegenwirken; jedoch anerkennt der Kongreß, daß „eine kräftige Propaganda erforderlich ist, um das Publikum über die Vorteile dieser Agitationsart aufzuklären.“ In der Provinz Norrland sind ganz besonders die Arbeiter der Sägewerke für die sozialistische Sache zu gewinnen.

— **Rußland.** Aus Warschau wird gemeldet, daß die Polizei 83 Ausländer aus ganz Rußland ausgewiesen hat.

Lokales.

Halle, 3. Juni.

— **1. Stadtverordnetenversammlung vom Montag den 2. Juni.** Der zweite Bürgermeister Herr Dr. Schmidt, bisher Stadthinditus in Hildesheim, wurde durch den Oberbürgermeister Herrn Staude in sein neues Amt mit einer auf die Bedeutung desselben hinweisenden Ansprache eingeführt. Der Vorsteher der Versammlung, Herr Gneiff, begrüßte im Namen der Stadtverordneten Herrn Schmidt. Letzterer dankte den Anwesenden für die Ehre, welche ihm durch die Wahl und den freundlichen Empfang erwiesen. — Für ein Hospitalacklerpaar wurde dem Gebot von 29 M. pro Morgen der Zuschlag erteilt. In einem früheren Termin wurden nur 25 M. pro Morgen geboten, zu welchem aber der Zuschlag verjagt worden war. Die Ausbaugung und Regulierung der Berlinerstraße wurde angenommen, um den Eisenbahnstaus hierdurch zu veranlassen, die Brücke zu erweitern. Bewilligt wurden hierzu 88000 M. Betreffend Regulierung des Schulbergs wurde mit einem unweftlichen Zufolge der Baukommission die Vorlage angenommen. — Der Ferienkolonie wurden 500 M. mit dem Zufolge bewilligt, daß die Armen-direktion die teilnehmenden Kinder bestimme. Die Petition des Herrn Schulz wurde der Bau- und Finanzkommission zur Erwägung überwiesen. Weiter

Ich war plötzlich all meiner Untermüßigkeit ent-hoben worden, die man mir anezogen. Das Betragen dieser guten Leute hatte das fertig gebracht.

Niemand wagte mehr, mich weiter zu interpellieren, aber ich ward noch denselben Abend meinen Eltern zurückgeschickt. Als ich dort ankam, wurde allerdings kein Kalb geschlachtet, wie beim verlorenen Sohn des Defonomen Damian.

So kam, daß ich kein Pfarrer ward. Das ist auch sehr gut für mich gewesen.

Und Fanny? Nun, nach zehn Jahren sah ich sie wieder. Ich hatte es zu einer ganz guten Stellung in der Welt gebracht; Fanny war noch bei ihren Eltern. Sie mußte mich doch auch für einen Tange-nichts halten, denn sie ging mir sorgfältig aus dem Wege, was mir nicht leid that, denn ich hatte inzwischen einen bedeutend anderen Geschmack bekommen.

S a n i t e l.

Berschnappt.

Herr (zu einem Wadisch): „Ach, Fräulein Thelma, Sie sehen heute so reizend aus wie ein Maiglöckchen, das der Morgen-thau geküßt hat!“

Wadisch (lächelnd und verächtlich): „Morgentau — nein, so küßt er nicht!“

Obereimner grinsend, der Gymnasiallehrer freudig — denn seine Wünsche gingen in Erfüllung — und der Härings- und Käsehändler sauer wie seine Ware.

Der schiefe Mund der Obereimnerin war noch schiefer als gewöhnlich und die Lippen der Stadtpfarrerin zuckten konvulsivisch, als müßte sie tausend Strafpredigten mit aller Gewalt unterdrücken. Meine Großmutter sah mich gar nicht an.

Salbungsvoll begann der Stadtpfarrer: „E—e—es ist mir zu D—D—Dren gekommen, daß du deine Pf—Pf—Pf—Pflichten gegen deine Großmutter aufs Gr—Gr—Größlichste verläßt ha.“

„Und geftern Abend bist du wieder mit der Fanny spazieren gegangen“, kreischte die Stadtpfarrerin, der dies zu langsam ging.

„Und bei der Dorothea hast du dich betrunken“, schrie die Obereimnerin.

„Und hast deine Großmutter, der du so viel Kummer gemacht, nicht um Verzehrung gebeten“, näselte die Gymnasiallehrerin.

„Und bei der Do—Do—Dorothea hast du dich über uns lu—lu—lustig gemacht“, frotterte der Obereimner.

„Du siehst also selbst ein“, sprach der meine Großmutter umgeschmälert werden wollende Gymnasiallehrer mit großer Würde, „daß du nicht mehr darauf rechnen kannst, von deiner Großmutter die Mittel zu einem Studium zu bekommen. Obnebies wollte sie dich nur

Theologie studieren lassen, allein zum Theologen bist du zu verdorben.“

„Ja, ich ziehe meine Hand von ihm ab“, sagte Großmutter finstler.

Ich sah niedergeschlagen da; das Befürchtete war eingetreten, aber damit war auch alles zu Ende. Nun wollten diese Leutchen mir abermals Ruppelgebieten halten. Da aber alles verloren war, so beschloß ich, sie kräftig abzuweisen.

Die Obereimnerin begann: „Wie kannst du dich unterleben, jungen Mädchen den Hof zu machen. Als wir noch jung waren, da war es anders —

„Jawohl“, sagte ich, „du hast wohl den jungen Männern lange den Hof machen müssen, bis dich einer geheiratet hat.“

Das schlug ein. Die Obereimnerin stand mit offenem Munde da.

„Unerhörte Frechheit!“ knirschte der Gymnasial-lehrer.

„Du kannst künftig ruhig sein“, sagte ich spöttisch zu diesem, „ich mache dir keine Erbchaft streitig.“

Nun verjuchte der Käsekrämer sein Glück.

„Leichtsinziger Hube!“ begann er, „ich —

„Du siehst die Welt für eine große Käse- und Härings-Handlung an“, sagte ich. „Was kannst du mir sagen wollen? Das beste ist, du ziehst dich morgens etwas besser an, denn es kommen auch Damen in deinen Laden.“

wurde der Bericht der Sub- und verstärkten Baukommission über den Ratsteltbau entgegen und angenommen. Das Projekt zu dem Bau enthält 12 Räden; das Kellergefchoß wird mit vertieften Schanzenfenstern erbaut und den Läden zugeteilt. Im ersten Gefchoß befinden sich ebenfalls Geschäftsräume. Im zweiten Gefchoß wird der neue Stadtvorstandesaal mit Kommissions- und Beratungszimmer eingerichtet. Die Fassade nach dem Markte soll eine künstliche, die nach der Schmeerstraße hin eine einfache werden. Ein früher geplantes großartiges Restaurant wird nicht in demselben errichtet.

1. Ein weißer Mabe. Die Kartensfabrik von Ludwig & Schmidt in der Niemeyerstraße feierte durch eine Festlichkeit am 31. Mai ihr 25jähriges Bestehen in den Räumen des „Paradies“. Den männlichen Arbeitern wurde dabei seitens des Inhabers der Fabrik bei dieser Gelegenheit der wöchentliche Lohn um 2 M. pro Woche erhöht. Bisher betrug derselbe 19—21 M. pro Woche.

Gerichtsverhandlungen.

Landgericht vom 2. Juni.

1. Der Schiffer Kupper und dessen Mutter Witwe Kupper aus Planena waren vom hiesigen Schöffengericht am 18. März wegen Fehleri zu Gefängnisstrafen verurteilt. Nach der Art und Weise, wie der Verkauf vor sich gegangen, hatte der erste Richter angenommen, daß das Korn von einer, für die Willberger Mühle bestimmten Mahlabladung mit süßrüchigem Korn gestohlen sei. Letzteres sollen nach den obwaltenden Umständen die Angeklagten auch gewußt haben. Gegen das Urteil des Schöffengerichts hatten beide Angeklagte Berufung eingelegt. Der Verteidiger der Angeklagten (Herr Rechtsanwält Röhne), hob in seiner Verteidigung hervor, daß, wenn jemand wegen Fehleri verurteilt, auch erst ein Diebstahl bewiesen werden müsse, letzterer sei aber ebensowenig aus dem Erkenntnis des ersten Richters, als auch aus der heutigen Verhandlung erwiesen. Nicht einmal der Vertreter der Willberger Mühle könne beweisen, daß dieselbe in diesem Falle bestohlen sei. Er beantrage deshalb die Freisprechung beider Angeklagten. Der Gerichtshof schloß sich, entgegen dem Antrage des Staatsanwalts, welcher Verwerfung der Berufung beantragte, den Ausführungen der Verteidigung an und erkannte auf Freisprechung. — 2. Weiter wurden 24 Wehrpflichtige, welche ohne Erlaubnis ausgewandert, 'sch auch trotz öffentlicher Ladung nicht gefehlt, nach der gesetzlichen Vorschrift in contumacium zu je 150 M. Geldstrafe event. für je 5 M. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — 3. Wegen Kuppelri wurden die Lachner'schen Eheleute zu 1 Monat resp. 1 Woche Gefängnis verurteilt. — Die Sache war schon am 13. Februar d. J. vor derselben Strafkammer abgeurteilt. Auf die seitens der Verurteilten eingelegte Berufung hatte das Reichsgericht am 31. März d. J. das Urteil wegen eines Formfehlers aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das hiesige Landgericht verwiesen. Das Gericht bestätigte das erstinstanzliche Urteil. — 4. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde gegen den Kaufmann W. wegen Majestäts-Beleidigung verhandelt. Weil Angeklagter verwirrte Auslagen machte, wurde beschlossen, denselben auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. — 5. Der Handarbeiter Otto Teufel hatte einem seiner Nebenarbeiter ein Paar Stiefel entwendet. Da Diebstahl im wiederholten Rückfalle vorlag wurde auf 7 Monate Gefängnis erkannt. — 6. Wegen Mötigung und Bedrohung mit einem Verbrechen wurde der Arbeiter Fr. Hagen aus Holzweißig, da er schon mehrfach vorbestraft, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. H. hatte am 13. Januar d. J. mit etwa 30 anderen Arbeitern auf der Grube Louise bei Bitterfeld gegen den bisherigen Lohn die Weiterarbeit verweigert. Es wurde auch eine Zulage von 1 Pf. pro Wagen gewährt. Bei einem hierbei entstandenen Wortwechsel ist H. in Erregung geraten und hat sich zu obigen Vergehen hinreichend lassen. — 7. Die polnischen Arbeiter Krowinski und Rotanski hatten am 7. Oktober v. J. auf dem Rittergute Nieder-Brehna, wo sie bis dahin in Arbeit gefanden, gegen 11 Uhr vormittags plötzlich die Arbeit verlassen. Unter dem Vorwande, sich etwas zu essen zu holen, waren sie zu Hause gegangen, erbrachen die Schranke ihrer Nebenarbeiter, entwendeten aus denselben verschiedene Kleidungsstücke, eine Taschenuhr u. s. w., worauf sie sich heimlich entfernten. Die Uhr haben sie in Bitterfeld verkauft. Die Kleidungsstücke haben die Bestohlenen zum größten Teil wieder bekommen. Da R. der deutschen Sprache nicht mächtig, wurde die Verhandlung durch einen Dolmetscher geführt. R. erhielt eine Zusatzstrafe von 6 Monaten, K. ebenfalls eine Strafe von 6 Monaten. — 8. Der Schulknabe Theile aus Gräfenhainichen erhielt wegen sehr schweren und drei einfachen Diebstählen 4 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte Zwangsberziehung event. 2 Jahre Gefängnis, letztere Strafe würde nach seiner Ueberzeugung zur Besserung des Th. beitragen.

Arbeiterbewegung.

Halle. Im Neuen Theater wurde am Montagabend eine gut besuchte Maurer-Verammlung abgehalten. In das Bureau wurden die Herren: Bedt, Seifert und Emmer gewählt. Herr Eckstein aus Zwickau hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Zunngskrankentassen“. Redner warf einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung der freien Hilfskassen. Längst ehe die Regierung und sogenannte Arbeiterfreunde an solche Kassen gedacht, hätten die Arbeiter ihre freien Kassen gegründet. Durch das Hilfskassengesetz von 1876 kam anderes Leben in die Krankentassenbewegung. Zu bebauern sei es, daß immer noch so viele Arbeiter dem Krankentassenwesen so wenig Beachtung schenken. Durch das allgemeine Krankentassengesetz sei ein nicht zu bestreitender Grundgedanke zur Vollendung gekommen. Diesen auszubauen sei eine Pflicht aller. Referent legt nun in klarer Weise den Unterschied und Vorteil der freien Hilfskassen gegenüber den Ortskassen auseinander. Eine gebührende Kritik wurde der allen selbständigen Menschenrechten spottende Zunngs-Krankentasse, gegründet vom „Baugewerkeverein“, zu teil. Nachdem man sich noch im Sinne des Referenten ausgesprochen, wurde eine Resolution in dem Sinne angenommen, daß niemand der Zunngskasse beitrete, sondern alle die Anwesenden es sich zur Pflicht machen, der freien Hilfskasse der Maurer u. s. w. „Grundstein zur Einigkeit“, Sitz Altona, beizutreten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die jetzigen Verhältnisse in unserer Lohnfrage und Stellungnahme hierzu“, nahm Herr Seifert zuerst das Wort. Redner ist der Meinung, das Sprichwort: „Eine Organisation hoch zu halten ist schwerer als eine zu schaffen“ scheine auch bei den Maurern in Halle zur Wirklichkeit werden zu wollen. Die Einführung der Zunngskasse sei nur der Laune der Maurer zuzuschreiben. Der Architekt v. Knoch, welcher im vorigen Jahre einer der ersten gewesen, der aus dem Baugewerkeverein ausgetreten und die Forderungen der Maurer als für gerecht erklärte, habe jetzt die Löhne bedeutend heruntergedrückt. Ebenfalls habe er den bei ihm arbeitenden Maurern ein Schriftstück unterzeichnet lassen, wonach die Maurer auf 14 tägige Kündigung verzichten. Beim Arbeitgeber Grothe arbeiten die Maurer trotz angeblichen Mangels an Arbeit länger als im vorigen Jahre. Unter den Arbeitgebern ist überhaupt die Meinung, den Lohn auf 35 Pfg. die Stunde herabzusetzen, laut geworden. Trotz ihrer Versicherung im vorigen Jahre, niemand wegen der Lohnbewegung zu maßregeln, ist dieses aber vielfach geschehen. Weiter wurde Beschwerde geführt über den Unternehmer Karl. Selbiger übernahm Bauten billiger als dies Maurer imstande sind. Dieses könne nur auf Kosten der Arbeitelöhne geschehen. Herr Eckstein beglückwünscht die Halleischen Maurer zu ihrem vorjährigen Erfolge, an einen solchen Sieg habe niemand geglaubt. Auch auf dem diesjährigen Kongress in Erfurt sei den Halleischen Maurern Anerkennung über ihr Verhalten ausgesprochen. Es sei die heiligste Pflicht der hiesigen Maurer, auch in schwerer Zeit das Ertrugene hoch zu halten. Hierbei brauche nicht gleich an einen Streit gedacht zu werden. Auch durch einmütiges Zusammengehen lasse sich viel erreichen. Pflicht aller Maurer sei es, der hier bestehenden Organisation beizutreten. Eine Resolution, dahingehend, daß die Maurer in dem Vorgehen der Arbeitgeber einen großen Vertrauensbruch erlitten, ferner daß ein jeder sich verpflichtet, dem Fachverein beizutreten und alle fremden und ledigen Maurer Halle verlassen, falls die bestehende Lohnkommission zur Aufrechterhaltung der Löhne es für notwendig findet, wird einstimmig angenommen. Dem Wunsche, ein Flugblatt an die Maurer von Halle zu verbreiten, in welchem allen Kollegen die Lage klar gelegt wird, wurde seitens der Versammlung entsprochen. Zum Schluß forderte Herr Seifert alle Anwesenden auf, das Halleische „Volksblatt“ durch Abonnement zu unterstützen.

— Montag abend tagte im „Hofjäger“ eine öffentliche Tischler-Versammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Lohnkommission über die Lohnbewegung der Tischler. 2. Bericht des Kollege Kroll als Kontrolleur erstattet Bericht über die Kassenanlegenheiten. Die Einnahme aus verkauften Streikmarken à 10 Pf. (2944 Stück) betrug 294.40, freiwillige Beiträge 526.25, Summe 820.65 M. Die Ausgabe: Unterstützung an Streikende 410.50, Reisegeld für Arbeitslose 36, Unterstützung für Durchreisende 16 M., für Markten, Porto, Zinrate, Arbeitsentfchädigungen usw. 209.10, Summe 671.60 M., bleibt Bestand 149.05 M. Hier von werden 50 M. laut Beschluß der Versammlung nach Stuttgart an das Zentral-Streit-Komitee deutscher Tischler gefandt. Der Rest bleibt am Platze. Hier auf wird eine ständige Beschwerde-Kommission gewählt, in welche die Kollegen Weise, Roggermann, Schmidt, Berisch und Hermann gewählt wurden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß wenn die Kommission etwas leisten soll, auch alle dieselbe betreffenden Sachen an dieselbe gelangen müssen. Mehrere sprechen über das Festhalten des Ertrugenen, haupt-

sächlich Innehaltung der verkürzten Arbeitszeit und Anbahnung des Achtstundens-Arbeitstages. Es wird dann ein Brief des Amerikaners Dolge (Pianofortefabrikant) an Liebtnecht erwähnt, der da schreibt, daß es sehr gut möglich sei, die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn man nur von seiten der Fabrikanten wolle. Weiter wurde noch über mehrere Verhältnisse und deren Inhaber gesprochen. Nach einer kräftigen Ansprache an die Versammlung, daß doch jeder Tischler sich der hier bestehenden Organisation anschließen und auf das Organ der Arbeiter, das „Volksblatt“ für Halle abonnieren, wurde die Versammlung geschlossen.

— In der gestrigen Generalversammlung der hiesigen Filiale der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der deutschen Wagenbauer (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 8 Hamburg) wurde den Mitgliedern obiger Kasse der Beschluß kundgegeben, die alle 2 Jahre wiederkehrende Konferenz jedes Jahr hier in Halle abzuhalten und zwar vom 22.—24. Juni. Die Kasse erfreut sich trotz erheblicher Krankheitsfälle im letzten Jahre einer regen Beteiligung, weist einen Ueberchuß von M. 8967.60 und hat einen Kassenbestand von M. 55596.38 bei einer Mitgliederzahl von 5269.

Trotha. Am 1. Juni tagte in „Schumann's Saal“ eine öffentliche Versammlung der Bau-, Fabrik- und Ziegelearbeiter für Trotha und Umgegend mit der Tagesordnung: 1. Arbeitszeit in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; 2. Verschickenes. In verständnisvoller, wohlüberdachter und sachlich gefasster Ausführung entlegte Genosse Leopold aus Halle sich zur allgemeinen Zufriedenheit der Versammlung seines Referates. Ungeteilter Beifall lobnte den Redner. In der darauf folgenden arrenden Diskussion beteiligten sich die Genossen Kunert, Gräf, Peters und Fuß. Zu Verschickenen nahm der Vorsitzende Genosse Kunert das Wort, gestelste in gebührender Weise das Ausbeutungssystem der Großgrundbesitzer gegenüber den schulpflichtigen Kindern und forderte die Anwesenden auf, ihre Kinder von der Arbeit des Ribenverziegens fernzuhalten. Im gleichen Sinne sprachen noch die Genossen Fuß, Leopold und Schulz, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„In Erwägung, daß die Schulferien zum Ribenverziehen durch Regierungserlasse auf eine beschränkte Zeit gestattet sind, jedoch auf Arbeitszeit und Alter der Kinder von seiten des Großgrundbesitzes in maßloser Weise ausgenutzt wird, in fernerer Erwägung, daß jene Arbeit die physische und geistige Entwicklung der Kinder beeinträchtigt, ja sogar demoralisierende Wirkung des heranwachsenden Geschlechtes zur Folge haben muß, beschließt die heute in Trotha tagende öffentliche Arbeiter-Versammlung, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln danach zu streben, diesem grenzenlosen Ausbeutungssystem des Großgrundbesitzes durch die Gesetzgebung Einhalt zu verschaffen. Ueber hierauf bezughabende Unregelmäßigkeiten ist der aus der Versammlung zu wählenden ständigen Kommission Mitteilung zu machen.“

Als Mitglieder der Kommission wurden die Genossen Schulz, Witsdorf und Altrich, sämtlich zu Trotha, gewählt. Nachdem noch allen Anwesenden es zur Pflicht gemacht wurde, für die Verbreitung unseres „Volksblattes“ thätig zu sein, ferner, daß die fernstehenden den organisierten Arbeitern als Mitglieder beizutreten und die Indifferenten durch freundlichen Entgegenkommen für unsere gerechte Sache zu gewinnen, schloß der Vorsitzende die zur allgemeinen Befriedigung verlaufene Versammlung.

Bezugnehmend obenstehender Resolution, ersuchen wir alle Genossen, die am Orte wohnhaft sind, wo Kinder zur Arbeit des Ribenverziegens gebraucht werden, darauf zu achten, daß diesbezügliche Vorschriften der Regierungserlasse innegehalten werden. Ueber etwaige Ueberschreitungen, Ungehörigkeiten, wolle man unverzüglich Mitteilung an Unterzeichneten gelangen lassen. Im Auftrage der Kommission
Karl Schulz,
per Abt. Restaurant Witwe Bernstein.

— Der Streik der Weber in Greiz ist zu ungunsten der Arbeiter ausgeschlagen. Das Streikkomitee hat sich aufgelöst.

In Gera sind an 180 Ausgeperrte gegenwärtig noch ohne Arbeit. Unter ihnen befinden sich auch einige Frauen. Bei Anfragen nach Arbeit wird in der „schwarzen Liste“ nachgeschlagen, und falls der Arbeitssuchende in derselben verzeichnet ist, lautet überall der Bescheid: „für Sie haben wir keine Arbeit!“ Von Verstellung des sozialen Friedens kann unter diesen Umständen nicht die Rede sein. Und doch soll die furchtbare, harte Maßregel angeblich dazu dienen, den Arbeitern die sozialistischen Ideen auszutreiben. Die nächste Wahl wird's lehren!

— In Weimar ist ein Tischlerstreik ausgebrochen. Bezug ist ferngehalten.
Magdeburg, 1. Juni. Durch öffentliche Anschläge macht der erste Staatsanwalt auf die Folgen aufmerksam, welche die Bergearbeitung Arbeitswilliger zu erzwungener Arbeitsentfetzung u. s. w.

nach § 153 der Gew.-O. und § 240 des Strafgesetzbuches nach sich ziehen kann. 23 Angeklagte sind bereits wegen Störung der Erwerbsfreiheit zu Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt warnt vor derartigen Verjahren und erlucht bei etwaigen Ausschreitungen, diese ihm unverzüglich und ausnahmslos zur Anzeige zu bringen, um „sowohl die Erwerbsfreiheit zu schützen als gefasste Heber und Störenfriede der verdienten Strafe überliefern zu können.“

— In der Umgebung Magdeburgs sind seit einigen Wochen auch die Frauen in eine Lohnbewegung eingetreten. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die Feldarbeiterinnen. In der Sudenburger Feldmark, wo besonders im Frühjahr zahlreiche Frauen bei der Ackerbestellung beschäftigt sind, zahlten die Ackerbesitzer einen Tageslohn bei zehnstündiger Arbeitszeit von 1 Mark, in der Gegend von Lemsdorf, Ottersleben wurden zum größten Teile nur 90 Pf. bezahlt. Die Frauen verlangten nun einen Lohnzuschlag von 25 Proz., und dieser ist ihnen auch größtenteils bewilligt worden. Die Gutsbesitzer durften es auf eine Arbeitseinstellung nicht ankommen lassen und zahlten somit fortan 1,20 Mark.

— Die Formnerstreiks in Berlin, Hamburg, Altona, Ottenfen, Hannover-Linden (Körtingische Fabrik) und Limbach dauern fort und ist Zugang fern zu halten. Ebenso hält noch der Formnerstreik in der Rühnischen Gießerei zu Dresden-Lößtau an. Ferner sind Differenzen zwischen Schiffen und Unternehmern in Duisburg und Golzern ausgedrochen, welche nötig machen, den Zugang fern zu halten.

— Aus Meeres-Schönburg wird gemeldet: 1500 Seiden- und 3000 Leineweber haben die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine 30 prozentige Lohnerhöhung und 10 Stunden Arbeitszeit.

— Die Schuhmacher haben in Mainz, Offenbach und Derrad unter den von ihnen gestellten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen. Auch die große Herzsche Schuhfabrik in Frankfurt hat sich bequemt, die Forderungen der Arbeiter anzuerkennen. Am Montag wird auch in diesem Anzeigebereich die Arbeit wieder aufgenommen werden.

— Die Maurer in Kopenhagen, welche sich seit dem 12. Mai im Generalstreik befinden und den neunstündigen Arbeitstag, sowie 60 Pf. Stundenlohn verlangen, haben sich in einem Aufruf an die deutschen Arbeiter um Unterstützung gewandt, da sie sich mit ihren 2500 Köpfe zählenden Familien in großer Not befinden. Auch haben sie angefragt, ob für sie in Berlin Arbeit vorhanden sei. Dieses ist verneint worden.

— In Brünn streiken die Steinmetz- und Bildhauergehilfen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 2. Juni.

Ausgegeben: Der Fabrikarbeiter Karl Friedrich Riese und Petronella Theodora Luise Reuth (Albrechtstraße 3). Der Handarbeiter August Robert Otto Diener und Auguste Friederike Henriette Klara Beter (Postenstraße 17a). Der Kaufmann Gustav Adolf Dietrich und Emma Elisabeth Ida Paproth (Leipziger und Taubenschloßstraße 2). Der Bäcker Hermann Ernst Sumnerow und Agnes Lydia Damm (Merseburgerstraße 13a

und Weidenplan 6a). Der Tischlergeselle Hermann Oskar Ebersberg und Marie Anna Walther (Halle und Duerfurt). Der Tischler Wilhelm Louis Geilfrucht und Maria Theresia Eiod (Halle und Halle). Der Kaufmann Franz Albert Bömer und Minna Frieda Hada (Halle und Schivelbein). Der Buchhändler Friedrich August Wabide und Karoline Auguste Marie Brenide (Kunig und Halle).

Geboren: Dem Bureau-Affistenten, Heßbert. Standesbeamten Otto Jander ein S., Wilhelm Heinrich Otto Erich (Spige 20). Dem Handarbeiter Max Bandermann eine T., Friederike Helene Elsa (Spige). Dem Schriftfeger Friedrich Knädel ein S., Albert Willy (Schühengasse 12b). Dem Schuhmachermeister Gottlob Etzge eine T., Paula Margarethe (Fleischergasse 2). Dem Bahnarbeiter Johann Katula ein S., Johann Anton (Schmießstraße 15). Dem Oberlechner Hermann Mannhardt ein S., Arthur Hugo Wilhelm (Schlofferstraße 2). Dem Kaufmann Friedrich Wilhelm Bach ein S., Max Hermann Otto (v. d. Steinhör 12). Dem Kupferer Louis Hagen eine T., Amalia Elsa (H. Rittergasse 2). Dem Korbmachermeister August Schöcher ein S., Ernst (Taubenschloß 14). Dem Zimmermann Friedrich Kresch eine T., Klara Martha (St. Salamm 2/3). Dem Maurer Wilhelm Kahl eine T., Klara Alwine Marie (Zehorstraße 24). Dem Handarbeiter August Schmidt eine T., Marie Martha (St. Steinstraße 6). Dem Kaufmann Leberecht Adler ein S., Hugo Gottfried Leberecht (Geiststraße 36a). Dem Schuhmachermeister Friedrich Schröder eine T., Klara Marie Frieda (Königsstraße 33). Dem Restaurateur Franz Uhlrig eine T., Frieda Elsa (Ackerstraße 1). Ein unehel. S. Eine unehel. T.

Gestorben: Des Bäckermeister Hermann Böner T. Martha, 2 J. (Dialonissenhaus). Die Witwe Christiane Wilhelmine Müller geb. Simon, 57 J. (Gr. Brauhausgasse 16). Des Postillon Wilhelm Dunte Ehefrau Marie geb. Esharow, 43 J. (Siechenstation). Der Gutsbesitzer Wilhelm Fint, 54 J. (Klinik). Die Witwe Hanne Christiane Rood geb. Wille, 62 J. (Mühlgasse 4). Marie Luise Hebershausen, 54 J. (Zehorstraße 1). Die Witwe Friederike Müller geb. Kaufmann, 58 J. (Klinik).

Verein der Maurerarbeitenleute und Berufsgenossen zu Halle a. S.

Versammlung

Wittwoch den 4. Juni abends 8 Uhr im Saale der „Moritzburg“. Um zahlreiches Erscheinen bittet

Damenkleider

werden gut und billig angefertigt
Siebichenstein, Seidlichstraße 1, 2 Zr.

Verloren

am 2. Feiertag von Gröllwig bis Siebichenstein ein gold. Klemmer. Gegen gute Belohnung abzugeben gr. Brunnenstr. 9, Siebichenstein.

Herren-Hüte

mit Kontrollmarke, echt
21. Geiststraße 21.

Herbststädter Zwiebäcke

empfehlen Alb. Müdteke, Wöbergasse 1.

Neue Tuchabfälle

kauf zum höchsten Preis und bietet alle Freunde und Bes. offen um Berücksichtigung

R. Brode,
Mühlberg Nr. 1, Hof 1 Zr.
Eine kl. Wohnung für 20 Thlr. zu verm.
u. 1. Juli zu bez. Siebichenstein, Kängelgasse 6.

Reste-Ausverkauf.

Die sich in Mengen angesammelten Reste sind den Kärgern ausraunget und werden

Sonntag den 1., Montag den 2. und Dienstag den 3. Juni

zu spottbilligen Preisen abgegeben.

Reste farbiger Kleiderstoffe von 1, 2 und 3 Mtr. per Rest 60, 75, 100, 150 Pfg.

Reste farbiger Kleiderstoffe von 4, 5 bis 8 Mtr. per Rest 2, 3, 4 bis 8 Mk.

Reste schwarze Cachemires von 2 bis 8 Mtr. per Rest 1,50, 2,50 bis 9 Mk.

Reste Kattune u. Wafschstoffe v. 1—10 Mtr. per Rest 20, 30, 40, 75, 100 Pf. — 4 Mk.

Reste Hemdentuche, Leinen, Bettzeuge und Bettlinens von 2 bis 10 Mtr.

Reste Gardinen, schmal und breit, von 3, 5, 7 bis 14 Meter.

Gebr. Abrahamsohn,

45. Kleinschmieden 45.

Inhaber: Alex Michel.

45. Kleinschmieden 45.

Mechanische Weberei J. Bräude

Nur grosser Schlamm 10b.

Einzel-Verkauf zu billigsten Fabrik-Preisen.

Dem geehrten Publikum wird hierdurch bei seinen Einkäufen bedeutende Ersparnisse zu machen geboten und liegt es im Interesse eines jeden Einkäufers sich hiervon zu überzeugen.

Pa. Hausmacher-Kleiderstoffe, $\frac{2}{3}$ Meter breit, p. Meter 30 Pf.

Doppeltbreite gestreifte Kleiderstoffe per Meter 75 Pf.

Doppeltbreite Diagonals, schwere Qualität, per Meter 90 Pf.

Doppeltbreite Satin-Cachemires per Meter 1 Mk.

Doppeltbreite reinwollene Serges per Meter 1.25 Mk.

Flanelle zu Dinsten, Morgenröden und Kinderleidchen geeignet, per Meter von 60 Pf. an.

Hausmacherleinen, Inletts, Bettzeuge, Betttücher, Hemdentuche, Handtücher, Tischtücher, leinene Taschentücher, Kattune und sämtliche Futterstoffe in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Abteilung von Rich. Hlge, Verlag von Aug. Graß, Druck von Dentzin & Comp., sämtlich in Halle a. S.